



Medienkonferenz: Klima-«Marshallplan» für die Energiewende Investitionsprogramm als sozialdemokratische Antwort auf die Klimakrise

Redetexte / Discours

Es gilt das gesprochene Wort / Seules les paroles prononcées font foi

Christian Levrat, Ständerat FR, Präsident SP Schweiz

Die Schweiz kann das!

Die Schweiz wird weltweit für ihren öffentlichen Verkehr und ihre Wasserkraftwerke bewundert. Zu recht. Der Aufbau eines funktionierenden Bahnnetzes und einer unabhängigen Stromversorgung hat wesentlich zu unserem wirtschaftlichen Erfolg beigetragen. Möglich war das, weil die Politik die Zukunft des Landes selber in die Hand nahm. Mit grossem Pioniergeist und Gestaltungswillen plante und finanzierte sie die Infrastruktur und behielt sie unter Kontrolle der öffentlichen Hand. Gemeinsam, demokratisch und selbstbestimmt stellte sich die Schweiz den Herausforderungen der Zukunft. Das war ihr Erfolgsrezept.

Heute stehen neue, grosse Herausforderungen an. Die Klimaerhitzung ist die grösste Herausforderung unserer Zeit. Sie stellt eine direkte Bedrohung für die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen dar. Besonders dringlich ist der rasche Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung. Über 80 % der in der Schweiz ausgestossenen Treibhausgase werden durch die Energiegewinnung verursacht. Klimapolitik ist deshalb immer auch Energiepolitik.

Wir wissen seit 50 Jahren, dass die masslose Verbrennung von Öl, Gas und Kohle zur Klimakatastrophe führt. Spätestens seit dem letzten Bericht des Weltklimarates (IPCC) weiss man auch, was zu tun wäre, um die globale Erwärmung auf 1.5 Grad zu begrenzen. Es gilt, die weltweite CO₂-Emissionen bis 2050 auf netto Null zu senken.

Die SP kämpft seit Jahrzehnten für die Energiewende. Für den Ausstieg aus Atomstrom und Öl. Bereits 1975 Dissertierte der grosse SP-Umweltpolitiker der 90er-Jahre, Elmar Ledergerber, an der HSG in St. Gallen zum Thema «Wege aus der Energiefalle» und zeigte auf, wie eine CO₂-neutrale Energieversorgung ohne Atomstrom garantiert werden kann. Auch die ehemalige SP-Präsidentin und Nationalrätin Ursula Koch forcierte bereits in den 70er-Jahren unter anderem als Präsidentin der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) den Ausstieg aus Atomstrom und Öl. 2008 zeigte die SP in einem Papier den Weg zur Vollversorgung der Schweiz mit erneuerbaren Energien auf. Und dank der Cleantech-Initiative der SP von 2011 ist die Schweiz in Sachen Förderung von erneuerbarer Energien einen Schritt weiter gekommen.

Was wir Ihnen heute hier präsentieren ist der Marshall-Plan für die Energiewende, der auf Solarenergie und Energieeffizienz setzt. Ich hatte ihn vor gut drei Wochen angekündigt. Es ist die konkrete Umsetzung des Positionspapiers, das die Delegiertenversammlung der SP vor einem Jahr in Lausanne – notabene vor dem heissen Sommer – verabschiedet hatte. Wir hatten die DV im Juni 2018 der Klimapolitik gewidmet. Nur wenigen Medien berichteten damals über unsere Beschlüsse.

Unsere Forderungen sind also nicht neu. Aber sie sind konkreter und vor allem dringlicher denn je. Mit dem Marshall-Plan für den Öl-Ausstieg präsentieren wir Ihnen heute ein ambitioniertes Investitionsprogramm. Wir zeigen Ihnen auf, dass sich diese Investitionen für die Schweiz volkswirtschaftlich auszahlen werden und sie entgegen der unqualifizierten Unkenrufe der SVP auch sozial von Vorteil sind. Der Mittelstand wird davon profitieren.

Und wir zeigen auch auf, dass der Marshallplan finanzierbar ist. Ich hatte vor drei Wochen die Investitionssumme genannt: 12 Milliarden Franken jährlich, finanziert durch private und öffentliche Gelder. Eine Summe, die auf den ersten Blick hoch erscheinen mag, im historischen Kontext aber nicht aussergewöhnlich ist. Sie entspricht in etwa dem Anteil des BIP, das unsere Vorgängerinnen und Vorgänger in den 60er-Jahren in die Wasserkraft investiert haben. Oder denken Sie an die Gründung der SBB. Damals schuf der Bund mit einer gigantischen Investition das grösste Wirtschaftsförderungsprogramm der Schweiz, das in der Folge eine enorme Entwicklung etwa der Maschinenindustrie bewirkte.

Dank Investitionsimpulsen von fast drei Milliarden Franken aus dem Bundesbudget sollen doppelt so viele private Investitionen in erneuerbare Energien und Effizienz ausgelöst werden. Damit soll das gesamte öffentliche und private Investitionsvolumen von aktuell jährlich rund drei Milliarden auf zwölf Milliarden Franken ansteigen. Eine Klimabank soll helfen, dank Klima-Anleihen – sogenannten «Climate Bonds» – den privaten Anteil zu finanzieren. Gegebenenfalls könnte die PostFinance dazu einen neuen Leistungsauftrag erhalten.

Diese Gelder für den Klimaschutz sollen grösstenteils im Inland investiert werden – ganz im Gegensatz zu den Milliarden, die wir jährlich für ÖHimporte ausgeben. Die Schweiz soll ihre Treibhausgasemissionen selber senken und sich nicht mit Zertifikaten aus dem Ausland freikaufen. Dieser Ablasshandel muss ein Ende haben. Dadurch werden die einheimischen Unternehmen gestärkt, die Wertschöpfung findet bei uns statt.

Wir sind heute hier auf dem Biohof Schüpfenried bei Fritz Sahli, dem ich herzlich für die Gastfreundschaft danke. Er sei nicht nur Landwirt und Tierwirt, sagt Fritz Sahli, er sei auch Energiewirt. Der Biohof ist nämlich auch ein Solarzentrum mit einem beeindruckenden Solarkraftwerk auf dem grossen Kuhstall. Eine Anlage, die dutzende Haushalte mit Solarstrom versorgt. Fritz Sahli ist also zudem ein Pionier, der sich nicht gescheut hat, für seine Vision in grossen Dimensionen zu denken und zu handeln. Die Mittel für die Grossanlage konnte er dank einem Privatinvestor und dank Bankkrediten beschaffen.

Diese grossen Dimensionen gilt es nun, als ganzes Land zu wagen. Die Schweiz muss ihre Zukunft bauen und endlich klimaneutral werden. Sie muss erdölfrei werden. Wenn die Schweiz auf ihr Erfolgsrezept und auf ihren Pioniergeist vertraut, kann sie auch diese Herausforderung meistern. Die Schweiz kann ihre Mobilität, ihre Wärmeversorgung und ihre Wirtschaft mit eigener erneuerbarer Energie klimaneutral betreiben. Die Technik dazu ist vorhanden. Es braucht nur die Investitionen für den Umbau und natürlich den politischen Willen dazu.

Die Realitätsverweigerung der SVP und die Erbsenzählerei der FDP verhindern Innovationen, bringen unser Land nicht weiter und gefährden die Perspektiven unserer Kinder. Wir brauchen den Mut und den Pioniergeist von damals. Wir sind überzeugt, dass die Schweiz das kann.

Nadine Masshardt, Nationalrätin BE, Vize-Fraktionspräsidentin und politische Wahlkampfleiterin SP Schweiz

Heute kaum vorstellbar aber wahr: Vor 50 bis 60 Jahren konnte man nicht ohne Bedenken in Schweizer Gewässer schwimmen. Wegen starker Verschmutzung mussten Behörden Flüsse und Seen mit Badeverboten belegen. Schäumende und stinkende Bäche, Abfälle überall, Fischsterben waren Alltag. Dank dem Auf- und Ausbau der Kanalisationen und Abwasserreinigungsanlagen ist dies zum Glück heute anders.

Gratis war dies aber nicht. Bund, Kantone und Gemeinden investierten bis 1992 rund 35 Milliarden Franken in den Gewässerschutz. Insgesamt wurden bis heute gegen 50 Milliarden Franken ausgegeben. Mit Erfolg: Bis 1964 waren 14 Prozent der Bevölkerung an eine Klärungsanlage angeschlossen. 2005 waren es 97 Prozent. Neben den Investitionen wurden auch gezielte Verbote eingeführt: 1986 setzte der Bundesrat beispielsweise das Phosphatverbot in Textilwaschmitteln durch.¹

Genau dieses Prinzip von Investitionsprogramm und technischen Standards zeichnet unsere Klimaoffensive aus. Wollen wir die Schweiz fit für die Zukunft machen, müssen wir jetzt die Infrastruktur umbauen. Damit mehr Energieeffizienz möglich ist. Zudem wollen wir Mobilität, Wärmeversorgung und Fabrikationsprozesse mit einheimischen erneuerbaren Energien bewältigen können. Wir wollen die Mobilität in rund 15 Jahren mit erneuerbaren Energien betreiben und die Sanierungsrate der Gebäude auf 4 Prozent (aktuell rund 1 Prozent) jährlich erhöhen.

Im Vordergrund stehen Investitionen. Verbote sehen wir als gezielte Ergänzung. So etwa das Verbot für die Zulassung von Verbrennungsmotoren ab 2035 sowie das Verbot von fossilen

¹ Quellen: Bundesamt für Umwelt und Historisches Lexikon der Schweiz.

Heizungen für Neubauten und bei umfangreichen Sanierungen. Die neuen Anreize sollen nicht durch Finanzierungsabgaben erfolgen, sondern aus Bundesmitteln stammen.

Konkret: Der Bund soll jährlich Investitionsanreize freigeben; rund 1,5 Milliarden Franken für Gebäude und Industrie, rund 0,5 Milliarden Franken für die Elektrifizierung von Fahrzeugen und Verkehrsinfrastruktur sowie rund 0,5 Milliarden Franken für den Ausbau von Solarstrom und Speicherung. Finanziert werden sollen diese staatlichen Investitionen aus der Stempelabgabe, welche wir im Gegensatz zu den Rechtsbürgerlichen nicht abschaffen wollen (2 bis 3 Milliarden Franken jährlich), und weiteren Überschüssen des Bundes, die im letzten Jahr 3,5 Milliarden Franken betragen. Weiter fordern wir auch den Stopp des Autobahnwachstums. Auch damit kann massiv Geld in die Klimaoffensive umgeleitet werden. Neue Steuereinnahmen braucht es nicht.

Fazit: Von einem solchen Investitionsprogramm zugunsten des Klimaschutzes werden künftige Generationen weit mehr profitieren als wenn der Bund den Banken und Versicherungen die Stempelabgabe schenkt. Wir wollen in die Zukunft unserer Kinder und Grosskinder investieren. Wir bauen eine Zukunft für alle statt für wenige.

Roger Nordmann, conseiller national VD, président du Groupe socialiste aux Chambres fédérales

Le plan Marshall pour le Climat poursuit un objectif fondamental : réaliser d'ici 2050 la part de la Suisse dans l'effort mondial de réduction à zéro des émissions nettes de gaz à effet de serre en 2050. Pour le volet interne à la Suisse, il s'agit de susciter des investissements massifs dans l'accroissement de l'efficacité énergétique et dans la récolte d'énergie renouvelable, en mobilisant des fonds privés et publics. Et atteindre ainsi zéro émission nette en 2050.

Il conviendra d'utiliser aussi les leviers dont la Suisse dispose au niveau international, à savoir la régulation de sa place financière et la coopération multilatérale. Notre plan se fonde sur un document stratégique et propose 40 mesures concrètes. Il représente aussi la concrétisation des décisions de notre Assemblée des délégué-e-s de juin 2018, dont vous trouverez en annexe les documents.

Fondamentalement, les structures physiques de notre société doivent être transformées pour nous affranchir de notre énorme consommation d'énergie fossile, responsable de 80 % des émissions de GES en Suisse. Sur le territoire suisse, il s'agit de brûler la dernière goutte de pétrole vers 2045. Actuellement, la vitesse de réduction approche les 2 % dans le secteur des combustibles, alors que l'on stagne dans le domaine des carburants (et même que l'on observe une croissance dans l'aviation).

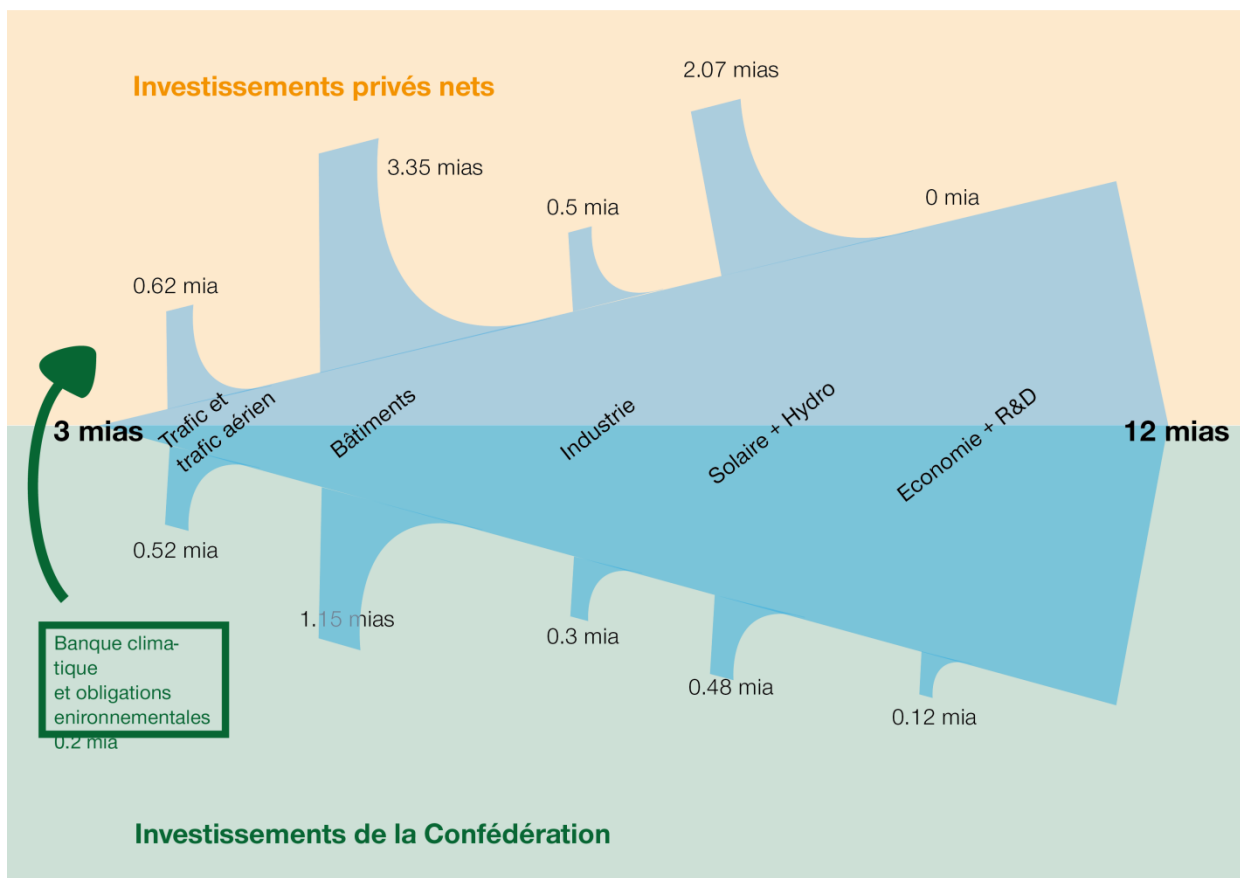
Investir pour décarboner

Le rythme « naturel » des investissements ne suffit pas. Il faut adopter des standards techniques ambitieux, renforcer les incitations et démultiplier les efforts d'information. De surcroît, vu l'urgence et l'inertie de nos infrastructures, des aides publiques fédérales sont incontournables.

Actuellement, les aides publiques fédérales pour les trois secteurs cruciaux que sont le bâtiment, la modernisation de l'hyrdo et le photovoltaïque sont de l'ordre de 500 millions par an. Elles déclenchent des investissements que l'on peut estimer à environ 3 milliards. Or il faudrait au moins quadrupler le taux de rénovation dans le bâtiment, pousser l'électrification de la mobilité et sextupler le rythme d'installation du photovoltaïque. La Suisse doit non seulement compenser le déclin du nucléaire, mais aussi couvrir les besoins en électricité liés à la décarbonisation.

Il convient donc de passer le niveau d'investissement de 3 à 12 milliards par an.

Sur la base de notre plan de 40 mesures, nous estimons que les aides fédérales doivent quintupler, pour s'établir aux alentours de 3 milliards. Cela permettra, avec les autres types de mesures, d'arriver aux 12 milliards. Le graphique ci-dessous montre la répartition de l'effort entre les différents secteurs.



Pour vous montrer que les montants que nous articulons n'ont rien de déraisonnable, je vous propose de les mettre en perspective de 3 manières :

1. La Suisse a consacré environ 1 milliard d'argent public par an à la construction des NLFA pour protéger les Vallées alpines (sans effet de levier). Face à la catastrophe climatique mondiale qui se dessine, il est raisonnable de consacrer 3 milliards d'argent public à des aides publiques produisant un effet de levier important.
2. 12 milliards par ans d'investissements par ans représente 2 % de notre PIB. Or, 2 % du PIB, c'est exactement ce que nos grands-parents ont consacré dans les années 1960 à la construction des grands barrages et les lignes à haute tension.
3. Enfin, le coût brut hors taxe des importations fossiles est actuellement d'environ 10 milliards par an (sujettes à de fortes variations annuelles), et il s'agit de les ramener quasiment à zéro.

Notre plan Marshall pour le climat fixe les bons ordres de grandeurs face à la gravité à l'ampleur du défi. Le laisser-faire, les mesures volontaires et le bricolage à la petite semaine ne suffisent pas.

Investir ici plutôt que « compenser à l'étranger »

Notre stratégie d'investissement dans la modernisation en Suisse implique logiquement l'abandon du concept absurde consistant « à compenser à l'étranger » pour éviter de réduire les émissions en Suisse. Rappelons que ce concept avait été imposé par le lobby des importateurs de pétrole et de voitures dans la première loi sur le CO₂, et qu'il n'a jamais complètement pu être éradiqué. Leur objectif était de maintenir un niveau maximum d'importations d'énergie fossile, lucrative pour eux-mêmes, mais contraire à l'intérêt général.

Dans le projet du Conseil fédéral de 2017, cette idée de « compensation à l'étranger » a même repris du poil de la bête, puisque le Conseil fédéral a proposé de ralentir la cadence dans les efforts de diminution des émissions en Suisse. Ce dispositif néfaste relève au mieux du trafic d'indulgences, au pire de l'escroquerie. En effet, dès lors qu'il faut atteindre zéro émission nette, ce concept de compensation implique que d'autres pays, plus pauvres que nous, réduisent massivement leurs émissions et capturent du CO₂ pour parvenir à un solde négatif. C'est aussi irréaliste qu'hypocrite.

Notre concept se situe aux antipodes : nous voulons investir pour réduire notre glotonnerie d'énergie fossile en Suisse. C'est une stratégie à double bénéfices : réduction des gaz à effets de serre et de la facture des importations fossiles.

S'agissant du financement de l'effort d'investissement, Beat Jans vous présentera notre stratégie pour garantir l'équité.

Financer la transition plutôt que les énergies fossiles

Dans le rayon d'influence de la place financière suisse, il s'agit d'assécher le financement des énergies fossiles. Rappelons que sur la base des données de la Confédération, on estime que les émissions provoquées par la place financière et les avoirs suisses s'élèvent à 20 fois les émissions physiques sur le territoire suisse. C'est la responsabilité de la Suisse de régler ce problème, de préférence avant d'y être forcée, comme ce fut le cas pour le blanchiment et l'évasion fiscale.

Parallèlement, nous proposons la création d'une banque d'investissement sur le climat, qu'Eric Nussbaumer va vous présenter.

Solidarité, engagement et coopération internationales

Enfin, nous préconisons que la Suisse adopte une attitude de pointe pour la **coopération internationale**, en assurant un rôle de leadership que permet la petite taille et la crédibilité notre pays.

La coopération globale est d'autant plus importante, que l'on estime que 2/3 des émissions imputables au mode de vie de la Suisse ont lieu à l'étranger (fabrication des biens importés). Pour progresser dans ce domaine, il faut utiliser à fond les seuls moyens dont nous disposons, à savoir :

- 1) L'engagement diplomatique pour obtenir des accords internationaux qui conduisent in fine les pays manufacturiers à réduire leurs propres émissions ;
- 2) Le financement de nos engagements internationaux. Pour mettre en œuvre l'Accord de Paris, il s'agit de mettre à disposition près de 600 millions de francs par ans pour les efforts internationaux de réduction et d'adaptation.

Pas de dogmatisme dans les instruments

Comme vous le constaterez en parcourant nos 40 mesures, le mix d'instrument que nous proposons est très varié. Il combine notamment :

- Des taxes d'incitation dont le produit est redistribué à la population, ce qui s'avère très social : mesures B1 sur les combustibles ou C1 dans l'aviation ;
- Des prescriptions techniques (p. ex. A1 et A7 sur les voitures ou C4/C5 dans le bâtiment, ou J1 à J3 dans la finance) ;
- Des prestations (p. ex. mesures B3 concernant les liaisons ferroviaires internationales) ;
- Des impulsions pour l'investissement, dans quasiment tous les domaines (en particulier A2, A4, C2, D1, F1, F2) ;

- Une offensive d'information (p. ex. B6 pour un avertissement CO2 sur les publicités pour l'aviation, ou C6 ou C7 dans le bâtiment ;
- Un renforcement des efforts diplomatiques (B5 pour lancer une renégociation de la convention de Chicago, qui empêche de taxer l'aviation, ou tout le volet de la coopération internationale I1 à I3) ;
- La Banque pour le Climat (G1, dont Eric Nussbaumer vous parlera) ;
- Des mesures sociales (C3, pour la protection des locataires en cas d'investissement).

Nous estimons en effet que l'heure est trop grave pour se perdre dans des batailles dogmatiques sur les mérites théoriques des différents types d'instruments. Nous avons besoin d'un mixte et notre approche n'est pas basée sur les sanctions. Elle vise au contraire à déclencher les transformations nécessaires qui permettront à chacune et chacun de vivre mieux, libérés des énergies fossiles. La seule chose qui nous manque, ce sont des majorités progressistes aux chambres pour mettre en œuvre ce plan.

Eric Nussbaumer, Nationalrat BL

Eine Klimabank für notwendige Klimaschutzinvestitionen

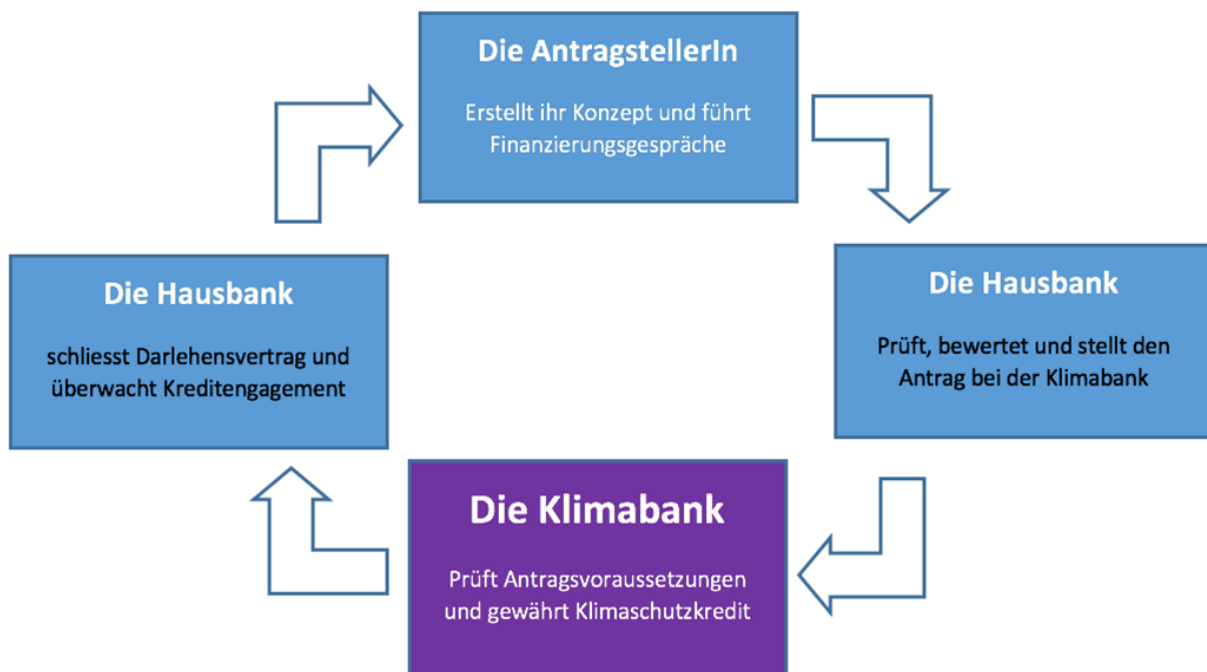
Die Zeit drängt. Wenn unser Land bis 2050 – also in 30 Jahren – das Klimaschutzziel von Netto-Null CO2-Emissionen erreichen will, dann muss massiv investiert werden: Saubere Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien, emissionsarme, energieeffiziente Gebäude und emissionsarme Fahrzeuge sowie saubere Mobilität. Technisch ist das alles möglich. Die Investitionen werden nicht getätigt, weil ein Marktversagen vorliegt. Deshalb braucht es eine schweizerische Klimaschutz-Bank mit einem Leistungsauftrag, die Energiewende, den Ausstieg aus dem Öl und den Klimaschutz mit Krediten und Hypotheken zu versorgen.

Was ist eine Klimabank?

Eine Klimabank ist zuerst einmal eine Bank mit einem öffentlichen Leistungsauftrag: Alle Kredite und Investitionen dienen ausschliesslich dem Klimaschutz. Die Bank beschafft sich ihre Mittel auf den Kapitalmärkten mit „Climate Bonds“ (Grüne Anleihen) und vergibt die beschafften Mittel unter den Zielen des Leistungsauftrages. Die Bankprodukte werden dabei ausschliesslich auf das Leistungsauftragsziel Klimaschutz ausgerichtet und mit allfälligen Förderprogrammen verbunden. Die Regulierung einer solchen Bank ist mit den Investitionsbanken in vielen europäischen Ländern vergleichbar.

Wie funktioniert die Klimabank?

Die Klimabank arbeitet nach dem Hausbank-Prinzip. Das heisst, die Kredite der Klimabank werden nicht direkt an Endkunden vergeben, sondern werden als Kooperationsprodukte via die Hausbanken der Retail- und Geschäftskunden angeboten. Dabei ergibt sich ein doppelter Nutzen: Die Hausbank kann ihre Kundenbindung weiter ausbauen, kann aber vom Leistungsauftrag der Klimaschutzbank und den damit verbundenen Produkten profitieren. Entschädigt wird die Hausbank via eine Kommission, wenn sie die Kreditrisiken nicht tragen muss.



Ein Beispiel: Langfristiger Klimabank-Gebäudesanierungskredit

Die Schweiz muss die Gebäudesanierungsrate massiv erhöhen, wenn sie die Netto-Null Ziele erreichen will. Dazu brauchen die Hauseigentümer langfristige Klimaschutzkredite, die über die Nutzungsdauer der Gebäudesanierung getilgt werden. Nur die Klimabank kann diese 20-30-Jahre-Kredite gewähren. Sie werden über ein neues Sicherungsinstrument dem Gebäude zur Verfügung gestellt. Auch bei einem Hausverkauf wird das Klimaschutzdarlehen weiter gewährt, es muss nicht im Hausverkauf verflüssigt werden.

Wie startet die Klimabank?

Die Klimabank wird als staatseigene Bank (Bund und Kantone) mit einem Leistungsauftrag gegründet. Auch kann die PostFinance zur Klimabank umfunktioniert werden. Für den Start der Aktivitäten ist eine Eigenmittelbasis von 1-3 Mia. Franken bereit zu stellen. Danach ist das Wachstum der Klimabank aus der Innenfinanzierung oder gemäss den Bedürfnissen der

Klimaschutzinvestitionen durch erneuten Mittelzufluss der Eigner sicherzustellen. Ich gehe davon aus, dass mit einer öffentlichen Erstinvestition von 3 Mia. Franken an Eigenmitteln im Total ein Investitionsvolumen von 20 Mia. Franken ausgelöst werden könnte.

* * * * *

Beat Jans, Nationalrat BS, Vize-Präsident SP Schweiz

Warum die Klimaoffensive sozial ist

Selbstverständlich ist die Frage, was die Energiewende finanziell für den Mittelstand bedeutet, für die SP von grosser Bedeutung. Dies ganz unabhängig von den Gilets jaunes in Frankreich oder der schwarzmalenden SVP in der Schweiz.

Deshalb hat die SP eine Studie in Auftrag gegeben, die sich mit den Kosten und der Verteilungswirkung klimapolitischer Massnahmen auseinandersetzt. Die Studie finden Sie in den Unterlagen. Sie wurde von Dr. Wolfram Kägi und Thomas Möhr vom volkswirtschaftlichen Beratungsbüro B,S,S erstellt und von Prof. Dr. Frank Krysiak von der Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Basel begleitet.

Wir wollten wissen, wie sich verschiedene Klimainstrumente – namentlich das von uns geforderte Investitionsprogramm – auf unterschiedliche Haushaltstypen und Einkommensgruppen auswirkt.

Die Studie stützt sich auf Daten der Haushaltsbudgeterhebung (HABE), welche das Bundesamt für Statistik jedes Jahr durchführt. Es basiert also auf den tatsächlichen Ausgaben der Schweizer Haushalte.

Die Studie unterscheidet drei Haushaltstypen. Sie lässt Aussagen für eine vierköpfige Familie, für ein Rentnerpaar oder für einen Einpersonenhaushalt zu. Ich werde mich in dieser Kurzpräsentation auf die klassische vierköpfige Familie konzentrieren.

Die Studie zeigt übrigens auf Folie 35, dass die Familien aller Einkommensklassen von der heutigen CO₂-Abgabe profitieren. Sie bekommen über die Krankenkasse mehr zurück als sie für den Brennstoffzuschlag einbezahlen. Das konnte man in absoluten Zahlen meines Wissens so noch nirgends lesen.

Die SP möchte die bisherige Lenkungsabgabe auf Brennstoffe deshalb auch weiterführen und bei Bedarf erhöhen. Die Lenkungsabgabe wirkt aber nur flankierend. Sie kann den Umbau nicht schnell genug bewerkstelligen. Dafür braucht es die zusätzlichen Investitionen durch den Bund und die Klimabank, welche weitere private Mittel auslösen werden. Wir haben für die Investitionen des Bundes drei Finanzierungsvarianten geprüft:

- einen zusätzlichen Preiszuschlag auf die Energieträger,
- eine Erhöhung der Mehrwertsteuer,
- oder die Finanzierung über die direkte Bundessteuer.

Die Studie zeigt klar, dass die Lösung über die Bundessteuer die sozialste ist. Zum Beispiel für den Zubau von Photovoltaik und Wasserkraftspeicherung, für die wir jährlich 500 Millionen Franken Zusatzinvestitionen fordern. Die Kosten für die ärmere Hälfte der Bevölkerung, also für Familien mit Bruttoeinkommen bis 11'000 Franken, belaufen sich auf höchstens Fr. 1.40 pro Monat. Über höhere Stromgebühren würde es etwa 5, über die Mehrwertsteuer etwa 15 Franken pro Monat kosten.

Bei der Mobilität, sieht es ähnlich aus. Die Investitionen, die wir für den beschleunigten Umbau zur Elektromobilität fordern, kosten die Hälfte der Familienhaushalte über die Bundessteuer weniger als 1 Franken pro Monat. Sie bringen aber auch einen Nutzen, denn Elektrofahrzeuge haben tiefere Wartungs- und Energiekosten. Das sieht man auf Folie 63 der Studie.

Die von uns geplanten Investitionen sollen bewirken, dass die Ladeinfrastruktur in 10 Jahren bereit ist, wenn die Elektromobile in der Anschaffung gemäss diverser Studien etwa gleich teuer sein werden wie die Verbrenner. Wir wollen, dass spätestens dann alle Hindernisse für den Umstieg auf elektrische Fahrzeuge ausgeräumt sind.

Was heisst das nun für die Haushalte, wenn man die Kosten und den Nutzen der Haushalte über 20 Jahre aggregiert und annimmt, dass die Haushalte 10 Jahre lang über Steuern an die Elektroinfrastruktur bezahlen und danach 10 Jahre lang mit einem Elektrofahrzeug fahren? Folie 67 zeigt, dass alle Haushalte mit Auto – auch dasjenige Viertel, das am meisten Steuern bezahlt – davon profitieren würden. Und zwar zwischen 3000 und 9000 Franken in 20 Jahren.

Schliesslich beleuchtet die Studie auch die Gebäudeeffizienz. In diesem Bereich fordern wir ja die grössten Investitionen. Wir wollen, dass die jährliche Sanierungsrate von heute rund 1 % auf rund 4 % anwächst. Finanzieren wir die zusätzlichen Bundesgelder über die Bundessteuern, kostet das die ärmere Hälfte der Familienhaushalte weniger als 4 Franken pro Monat. Mit der CO₂ Abgabe wären es 25 Franken oder weniger und mit der Mehrwertsteuer 40 Franken oder weniger (siehe Folie 86).

Auch den Investitionen in Gebäudeeffizienz steht ein Nutzen gegenüber, weil sie die Nebenkosten senken. Das sehen Sie auf Folie 92 der Studie. Diese zeigt, dass die zusätzlichen Einkommenssteuern für Einfamilienhausbesitzer sich lohnen, wenn sie dazu führen, dass sie von einer Ölheizung auf eine Wärmepumpe wechseln können, weil diese viel billiger zu betreiben ist.

Die B,S,S Studie ist sehr aufschlussreich und zeigt, dass die Investitionen des Marschallplans der SP für den Mittelstand kurzfristig sehr bescheiden sind, wenn sie über die Bundessteuer erhoben werden und mittelfristig den Mittelstand unter dem Strich sogar entlasten, weil sie ihn von den hohen Öl- und Benzinpreisen befreien.

Konkret kosten die zusätzlichen Bundesinvestitionen des Marschallplans Familien des Mittelstandes deutlich weniger als 10 Franken pro Monat, wenn sie über die Bundessteuern finanziert werden. Wenn sie, wie die SP fordert, aus dem bestehenden Bundesüberschuss finanziert werden und keine Steuererhöhung nötig ist, kosten sie die Haushalte nichts. Die Haushalte sparen aber ein Vielfaches, wenn sie dank dieser Investitionen später auf Benzin und Heizöl verzichten können. Das gilt selbst für das reichste Viertel der Haushalte das am meisten Steuern bezahlt.

Die Resultate der Studie entlarven die SVP. Die SVP schadet mit ihrer Politik den kleinen Leuten. Denn diese bleiben in der teuren Abhängigkeit vom Öl und Benzin gefangen. Während ihre Milliardäre auf weitere Steuersenkungen wie etwa bei der Stempelabgabe hoffen dürfen.

* * * * *

Jacqueline Badran, Nationalrätin ZH

Volkswirtschaftliche und politische Würdigung

Die Ziele und die Instrumente, um den Ölausstieg zu forcieren und den Weg in eine CO₂-neutrale Wirtschaft zu ebnen, sind eigentlich seit Jahrzehnten bekannt. Ziel ist der vollständige Umstieg auf erneuerbare Energien bis in wenigen Jahren. Instrumente sind Kosteninternalisierung durch Änderungen der relativen Preise mit Lenkungsabgaben oder Steuern, Verboten und Geboten.

Die Finanzierungsseite der Energiewende jedoch ist noch ungeklärt. Die grossen Herausforderungen bei der Finanzierung betreffen die energetischen Gebäudesanierungen, den Aufbau einer Infrastruktur zur Elektrifizierung der Mobilität, den Zubau von erneuerbaren Energien und deren Speicherung, sowie die Finanzierung von Innovation. Viele dieser Finanzierungshürden werden mit unserem Vorschlag gelöst.

Vor allem bringen das Investitionsprogramm und die Rolle einer Klimabank nicht nur enorme klimapolitische, sondern auch deutliche fundamentale volkswirtschaftliche Vorteile: Erstens wird ein riesiger Schritt in Richtung Null-Grenzkosten-Energieversorgung gemacht. Das heisst die Energiekosten werden deutlich sinken. Zweitens bleiben jährlich Milliarden in der Schweizer Volkswirtschaft und fliessen nicht mehr ins Ausland. Drittens reduzieren sich die Kosten für die Haushalte klar durch grenzkostenlose Gebäudeheizung und durch Mengeneffekte reduzierte Anschaffungskosten. Viertens werden exportfähige Innovationen beschleunigt. Fünftens werden inländische Arbeitsplätze geschaffen.

Eine Quantifizierung des Umbaus ist von vielen Annahmen abhängig und naturgemäss unsicher. Nichtsdestotrotz zeigen Berechnungen mit dem Modell «Kraftwerkschweiz» von Prof. Anton

Gunzinger, welches Ausmass an Kosteneinsparungen die Klimainvestitionen annehmen könnten.

Bereits vor 50 Jahren wurde von der Wissenschaft eine CO2-Steuer verlangt. Volkswirtschaftlich, energie- und klimapolitisch blicken wir also auf 50 verlorene Jahre zurück. Es ist nun an der Zeit, mit dem der Schweiz eigenen Pioniergeist diese Versäumnisse zu überwinden und die notwendige Infrastruktur für den energetischen Umbau und eine CO2-neutrale Schweiz als grosse volkswirtschaftliche Chance zu nutzen.

Volkswirtschaftliche Auswirkungen des Klima-«Marshallplans»

gemäss [Simulationsmodell](#) «Kraftwerksschweiz» von Prof. Anton Gunzinger (ETH):

